Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

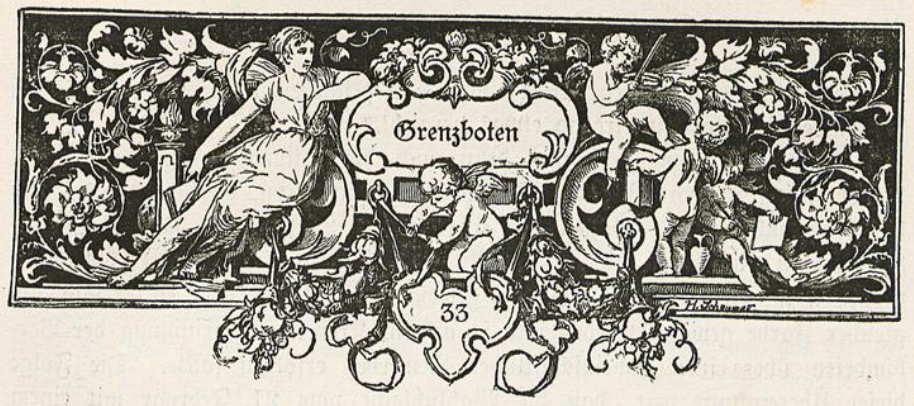
Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Wahlkartell und die Kreuzzeitungspartei.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Das Wahlkartell und die Kreuzzeitungspartei.

Am 14. Januar 1887 wurde der deutsche Reichstag, in welchem die Demokraten im Verein mit dem Zentrum die Mehrheit bildeten, von Kaiser Wilhelm aufgelöst, weil diese oppositionelle Mehrheit, indem sie die Interessen und Programme ihrer beiden Parteien über das dringendste Bedürfnis des Reiches stellte, die Militärvorlage der Regierung zu Falle gebracht hatte. Es galt jetzt, daß das Volk an dem Widerstande auch gegen dieses Bedürfnis erkannte, welch ein unpatriotischer Geist die beiden Lager der bisherigen Opposition überhaupt beseelte, und daß es auf Grund solcher Erkenntnis in den Wahlen einen Reichstag schuf, der in seiner Mehrheit nicht in erster Reihe demokratisch oder klerikal, sondern patriotisch dachte und abstimmte. Das Volk aber wird von Parteien geleitet, und so kam es vor allem darauf an, daß die national gesinnten Parteien ihrem Parteigeiste Schweigen geboten und mit Beiseitesetzung dessen, was sie trennte, sich in dem ihnen gemeinsamen Glauben und Wollen vereinigten, mit andern Worten, daß die Konservativen von ihrer Hinneigung zum Zentrum abließen, die Nationalliberalen die Seite ihres Wesens, nach der sie den Deutschfreisinnigen verwandt waren, weniger hervortreten ließen und beide Genossenschaften sich bei den Wahlkämpfen gegenseitig unterstützten. „Einen Reichstag, wie ihn die große Mehrheit der Nation wünscht — so ungefähr schrieb am Tage der Auflösung das Hauptorgan des Kanzlers —, darf man nach Lage der Sache nur dann erwarten, wenn im bevorstehenden Wahlkampfe alle reichstreuen Parteien von vornherein zusammenstehen und alles vermeiden, was zu Mißverständnissen und Eifersüchteleien führen kann. Soll der vom Demokratismus großgezogene Parteigeist überwunden werden, so müssen die Gegner der Demokratie und der Parlamentsherrschaft die Parteiung unter sich dem

höheren Ziele unterordnen, recht wohl was geschehen kann, ohne daß man der eignen Überzeugung irgend etwas vergiebt."

In diesem Sinne verfuhren denn auch die nationalen Parteien bei der Vorbereitung zu den Wahlen. Die Deutschkonservativen, die Reichspartei und die Nationalliberalen schlossen mit einander ein Wahlkartell, wonach in den Wahlkreisen, in denen bisher ein Mitglied einer von diesen drei politischen Gruppen im Besitze eines Mandats gewesen war, dieser oder ein Ersatzmann gleicher Farbe gewählt werden und in andern Kreisen eine Einigung der Verbündeten über einen gemeinschaftlichen Bewerber erfolgen sollte. Die Folge dieser Übereinkunft war, daß die Wahlschlacht vom 21. Februar mit einem glänzenden Siege der reichstreuen Parteien über die Demokraten der verschiedenen Schattirungen endigte: die Deutschfreisinnigen behielten von 67 Mandaten nur 11, von denen sie überdies 2 der Unterstützung der Klerikalen verdankten, die Volkspartei wurde ganz und gar vom parlamentarischen Boden weggefegt, die sozialdemokratischen Bundesbrüder der Herren Windthorst und Richter büßten die 6 Reichstagssitze ein, die ihnen die letzten Wahlen in Sachsen verschafft hatten, das diesmal 22 nationalgesinnte Vertreter und nur einen deutschfreisinnigen nach Berlin sandte. Mit der oppositionellen Mehrheit war es zu Ende, und die Regierung sah sich einem Reichstage gegenüber, mit dem sich ihre reformatorischen Absichten und Aufgaben rasch und unbeschnitten ausführen ließen. Man atmete auf wie nach einem Alpdrücken, man fühlte sich wie genesen von langewirkender Vergiftung, wie von neuem Trieb und Leben erfüllt. Mit freudiger Genugthuung begrüßten es alle Patrioten, als sie in den Berichten vom Parlament täglich mehr sahen, wie in dessen Sitzungssaale an die Stelle des öden, eiteln, immer nur an sich selbst hinwandelnden Parteizankes, der die Ära Richter-Windthorst-Grillenberger bezeichnet und zuletzt geradezu ekelhaft für jeden verständigen und rechtlichen Mann gemacht hatte, zielbewußtes und erfolgreiches Arbeiten für das Vaterland getreten war.

Das Kartell hatte sich also vortrefflich bewährt, und so empfahl es sich selbstverständlich auch für die jetzt herannahenden Wahlen zum preußischen Landtage. Aber wenn wir die Freude hatten, zu erfahren, daß dies wie von der großen Mehrzahl der Nationalliberalen auch von vielen Konservativen begriffen worden ist und man darnach zu handeln begonnen hat, so bemerken wir anderseits zu unserm Leidwesen, daß innerhalb der letztgenannten Partei eine Gruppe von Andersdenkenden laut und immer lauter wird, der die Annäherung an die Nationalliberalen, wenn sie ihr je ernstlich recht war, leid geworden ist, und die starkes Gelüsten verrät, das alte Kompagniegeschäft mit der Schwindelfirma Windthorst und Kompagnie wieder anzuknüpfen.

Aus Halle, vom Rheine und aus zwei schlesischen Wahlkreisen hören wir zwar, daß die Verständigung zwischen Konservativen und Nationalliberalen, die sich bei den Reichstagswahlen so nützlich erwies, für die Landtagswahlen erneuert

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

worden ist: in Breslau, das jetzt von drei Abgeordneten vertreten wird, die zur Fahne Eugen Richters geschworen haben, sind von den Kartellparteien ein deutschkonservativer, ein freikonservativer und ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt worden, und in Schweidnitz-Striegau haben sich die reichstreuen Parteien das Wort gegeben, die beiden bisherigen Mandatsinhaber, von denen der eine nationalliberal, der andre konservativ ist, gemeinsam zu unterstützen. Dagegen hat Herr von Rauchhaupt, wie bekannt, ein besonders angesehener Führer der Deutschkonservativen, es gerade jetzt für zeitgemäß erachtet, in einer öffentlichen Rede die nationalliberale Partei in scharfer Weise anzurennen und mit Geringschätzung von der Gemeinschaft mit ihr zu sprechen, indem er behauptete, der ganze Osten der Monarchie wolle von ihnen nichts hören, und so könne man sich von ihnen im Westen lossagen, ohne Vergeltung fürchten zu müssen. Das beruhte zunächst auf einem Gedächtnisfehler. Der Osten Preußens gehört jetzt allerdings den Konservativen, das war aber nicht immer so und braucht auch nicht immer so zu bleiben. Es gab Jahre, wo nur vier Altkonservative im Landtage saßen; noch 1876, als die Deklaranten beschämt in ihre Stiefel versunken waren, brachte es die Partei mit Mühe und Not auf zweiundvierzig Mandate, noch kein Drittel der Zahl, welche die Nationalliberalen aufzuweisen hatten, und wenn sie jetzt Herrn von Rauchhaupts Schwenkung folgen wollte, könnte sie leicht wieder zusammenschrumpfen wie vor zwölf Jahren. Es konnte nicht verwundern und es war wohl vom Redner erwartet, daß die Germania, Windthorsts Mundstück und Leiborgan, den schneidigen Ton der Absage mit Wohlgefallen begrüßte, und ebenso wenig überraschte der Beifall, den ihr die Kreuzzeitung spendete. Ist das einst in seiner Art sehr achtbare und noch jetzt in auswärtigen Fragen häufig auf rechten Wegen gehende Blatt gegenwärtig doch auf dem Gebiete der innern Angelegenheiten in kleinlicher, engherziger Parteipolitik nicht minder befangen wie Eugen Richter und Konsorten, nur in entgegengesetzter Ecke, und hat es doch nicht minder wie diese Verblendeten schon längst den Blick für das eigentliche Leben und Bedürfnis der Nation eingebüßt. Den Herren in diesem Winkel aus der Seele gesprochen zu haben, heißt aber glücklicherweise nicht, der gesamten konservativen Partei oder auch nur der Mehrheit derselben Worte geliehen zu haben. Diese Partei hat, wie die Konservative Korrespondenz in der Sache erklärte, nicht die Aufgabe, Mandatsjägerei zu treiben, und ihre Kraft und Blüte wird nicht an der Zahl der Parlamentssitze erkannt, die ihre Vertreter einnehmen, sondern an dem Maße und Umfange, in welchem sich ihre religiösen und politischen Grundgedanken im Volke befestigen. „Ihre Gesichtspunkte dürfen, zumal in wichtigen Epochen unsrer Geschichte, keine andern sein als patriotische, und dieser Standpunkt sagt uns so klar und bestimmt, wie nur eine Erkenntnis bestehen kann, daß wir im gegenwärtigen Augenblicke doppelt Veranlassung haben, die Erschütterung heftiger Parteikämpfe und die Gefahr einer Rückbildung des im vorigen Jahre

durch das Kartell gewonnenen zu dem alten Elende unter der Herrschaft des Dreigestirns Richter-Windthorst-Grillenberger zu vermeiden. . . . Fragt man, wer diese Stellungnahme und Beurteilungsweise empfiehlt, so antworten wir: Die konservative Parteileitung, die parlamentarischen Vertreter unsrer Partei im deutschen Reichstage bis auf vielleicht verschwindende Ausnahmen, zumal auch die außerpreußischen, unter denen man die sächsischen verdientermaßen höchlichst lobt. . . . Dieser erprobten Leitung der konservativen Partei steht eine Gruppe von Zeitungsredaktionen gegenüber, die Verdikte darüber abgeben, wer die Bezeichnung konservativ verdient, ohne zu dieser Ausmusterungsthätigkeit mehr als eine sich selbst erteilte Befugnis zu haben, und deren Versuche, ein terroristisches Regiment einer Gruppe der Konservativen über die ganze Partei aufzurichten, wir hiermit zurückweisen. . . . Die konservativen Wähler haben, als es zur Verwirklichung des Kartellgedankens kam, den Widerstand dieser Blätter dagegen beiseite geschoben, und wir dürfen hoffen, daß sie auch jetzt der Stimme bewährter Ratgeber folgen werden, von denen ihnen, wenn die Entscheidungsstunde schlägt, nichts empfohlen werden wird, als was dem wahren Interesse des Vaterlandes und zugleich dem der konservativen Partei entspricht, und die sie für jetzt nur bitten, Besonnenheit zu bewahren und jede voreilige feindselige Stellungnahme zu unterlassen."

Herr von Rauchhaupt hat also nur im Sinne der kleinen Kreuzzeitungspartei, nicht als Vertreter der ganzen Genossenschaft der Konservativen, gegen das Kartell gesprochen. Und hat er sich hier einem Irrtum überlassen, so würde das nicht minder der Fall sein, wenn er seine Rede in der Voraussetzung gehalten hätte, von hoher und mächtiger Seite werde sie beifällig aufgenommen werden und man wünsche und hoffe hier ein weiteres Anschwellen der Konservativen seiner Gattung auf Kosten der Nationalliberalen, denen übrigens beiläufig auch empfohlen werden darf, im Falle einer starken Vermehrung ihrer Mandate nicht in Übermut zu verfallen und sich von ihm zu den alten Überschreitungen der Grenze verleiten zu lassen, die der erste Teil ihres Namens dem zweiten steckt. Ganz bestimmt und unzweideutig wurde dem Redner nach dem Herzen der Kreuzzeitung von der Stelle aus erklärt, welche die Meinung des Reichskanzlers anzudeuten pflegt, daß sein Vorgehen dem leitenden Staatsmanne nicht nur durch nichts gerechtfertigt erscheine, sondern sogar den Verdacht erwecke, er gehe damit um, sich mit seinem Parteigefolge wieder den Erzfeinden im Windthorstschen Lager zum Bundesgenossen anzutragen, was ihm und seinesgleichen in der That ähnlich sieht. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung leugnete zunächst, daß sein Auftreten im Interesse seiner Fraktion gelegen habe, da bisher aus keinem Wahlkreise Nachricht eingelaufen sei, daß die Nationalliberalen den Konservativen das Mandat bestritten hätten oder es bestreiten wollten, und fuhr darauf fort: „Wir können daher die Stellung, die Herr von Rauchhaupt eingenommen hat, nur auf die Haltung zurückführen, die er

bei den Verhandlungen über das Schullastengesetz einnahm. Keinem unbefangenen Beobachter und Beurteiler konnte damals entgehen, daß sein Verfahren in dieser Angelegenheit darauf hinauslaufen mußte, zwischen die drei Parteien, die bisher in allen wichtigen Fragen zusammengestanden hatten, einen Keil zu treiben und die Konservativen von neuem in das Lager des Zentrums hinüberzuführen." Dieser Versuch mißglückte, wie erinnerlich, damals insofern, als der bei weitem größere Teil der Fraktion ihrem Anführer den Gehorsam versagte und es vorzog, mit den Freikonservativen und Nationalliberalen für den gefährdeten Gesetzentwurf zu stimmen und ihn so sicher unter Dach und Fach zu bringen. Jetzt sah es ganz so aus, als hielte Herr von Rauchhaupt den Augenblick für geeignet, jenen fehlgeschlagenen Streich zu wiederholen und sich der ihm unbequemen Bundesgenossenschaft der gemäßigten Liberalen durch kräftige Betonung dessen, worin seine Meinungen und Wünsche von den ihren abweichen, zu entledigen, während doch Einigkeit der reichstreuen Parteien im wichtigsten und einflußreichsten Landtage der Glieder des Reichsorganismus ganz ebenso notwendig ist als in der Volksvertretung für das Ganze. Mit der Kreuzzeitung und ihren Anhängern über den Wert und Nutzen des Kartells streiten und hoffen, sie von ihm zu überzeugen, heißt sich auf das Gebiet des Unmöglichen begeben. Ist doch ihr Ideal schon seit Jahren eine an zeitweilige Verschmelzung hinanreichende dichte Annäherung an das Zentrum, das ihrer Auffassung der Dinge mit seinem starren Widerstreben gegen jede staatliche Autorität in der That nahe verwandt ist, und betrachtet sie doch alle, die ihren spezifisch-kirchlichen Standpunkt nicht einzunehmen vermögen, mit einem Hasse, der so leidenschaftlich ist, daß er es nicht für einen Raub hält, zur Befehdung, Schwächung und Abdrängung der national gesinnten, im wesentlichen mit der Regierung gehenden, aber freilich nicht auf jenem hochkirchlichen Standpunkte stehenden Elemente im Hannoverschen um den Beistand der offenkundigen Welfen und der Kreise von Zeloten zu werben, die ihr Welfentum nur bis auf weiteres verbergen, indem sie „der Obrigkeit unterthan sind, die Gewalt über sie hat," d. h. die ihnen, falls sie ihre wahre Gesinnung aufdecken und bethätigen wollten, Amt und Brot entziehen müßte. Mit der Kreuzzeitung ist also kaum mehr zu rechnen. Man erwähnt sie nur noch gelegentlich, um sofort von ihr wegzusehen, man läßt sie grollen, schmähen und hetzen, zumal da sie eine mehr und mehr alternde und aussterbende Klasse von politischen Geschöpfen vertritt und nur noch mäßigen Einfluß ausübt, obwohl sie gewohnheitsmäßig noch vielfach gehalten wird. Anders verhält es sich mit Herrn von Rauchhaupt, wenn er in dasselbe Horn zu blasen fortfährt wie der greisenhafte Geist des Blattes mit dem Landwehrkreuze. Er würde damit auf einen Riß und ein schließliches Zerfallen der Partei hinarbeiten, deren anerkannter Führer im preußischen Abgeordnetenhause er ist. Er ist hierdurch verpflichtet, die Anschauungen und Willensmeinungen der gesamten Partei oder der großen Mehrheit ihrer Glieder,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht aber die Schrullen und Velleitäten eines vorzüglich von geistlicher Herrschsucht regierten Bruchteils derselben zu verkünden und zu vertreten. Der Wille dieser großen Mehrheit ist aber, wie wir nicht erst aus der oben angeführten Korrespondenz erfuhren, keineswegs auf einen Bruch mit den gemäßigten Liberalen, sondern auf eine Verständigung zu fernerem Zusammenwählen und Zusammenwirken gerichtet. Von der Beute, welche der Sieg der Reichstreuen bei den letzten Reichstagswahlen brachte, fiel dem nationalliberalen Flügel des Kartellheeres der Löwenanteil zu, die Mandate, die er gewann, erreichten mit 101 fast die Zahl, deren sich die Partei in der Zeit ihrer höchsten Blüte erfreut hatte. Ihr Verhalten bei Behandlung der Fragen, über die sie in der Folge im Reichstage zu reden und abzustimmen hatte, war im ganzen von der Art, daß man ihr jenes Anwachsen gönnen konnte und daß wir ihr jetzt gleiche Erfolge bei den Landtagswahlen wünschen dürfen. Käme es in der Folge bei Erfüllung dieses Wunsches und dadurch gesteigertem Machtgefühle zu einem Rückfalle in alte Sünden — wir denken an die Jahre, wo die Elemente noch in der Partei waren und herrschten, die dann durch die Sezession ausschieden und sich zuletzt an ihrer rechten Stelle, im Lager der Deutschfreisinnigen, einordneten —, so wäre es für die Konservativen immer noch Zeit, das Kartell aufzulösen. Wir dürfen aber wohl hoffen, daß die Nationalliberalen gelernt und vergessen haben. Gut wenigstens ist es ihnen nicht bekommen, als sie von 1877 an in die Stellung einer Oppositionspartei abschwenkten.

Noch einmal: wenn Herr v. Rauchhaupt mit seinen neulichen Expektorationen offenbar die Absicht verfolgte, die selbstverständlich zwischen den drei nationalgesinnten Parteien und namentlich zwischen den Deutschkonservativen und den Nationalliberalen bestehenden Gegensätze grell hervortreten zu lassen und zu einer Kluft, die keine Brücke zuläßt, zu erweitern, so handelt er nicht im Namen und Sinne der konservativen Partei, deren Mehrheit jetzt hinreichend darüber aufgeklärt ist, daß unsre politische Lage uns nicht erlaubt, geschweige denn gebietet, Parteianliegen über die Bedürfnisse des Staates und des gesamten Volkes zu stellen und darüber mit denen, welche diese Bedürfnisse gleich der eignen Partei zu fördern gewillt sind, sich zu überwerfen und mit denen, die ihre Befriedigung bisher zu hintertreiben bemüht waren und allezeit bemüht sein werden, zu liebäugeln, zu paktiren und schließlich zusammenzustimmen. Wir möchten uns der Hoffnung hingeben, daß Herr v. Rauchhaupt sich die Sache nochmals überlege und zu andern Ansichten und Entschlüssen gelange. Vielleicht überzeugt er sich bei genauerer Prüfung, daß die Aufgaben des preußischen Landtags von denen des deutschen Reichstags sich keineswegs so sehr unterscheiden, als er in Übereinstimmung mit der Kreuzzeitung meint, und dann muß ihm einleuchten, daß es unmöglich angeht, mit denselben Leuten, die man am Dönhoffsplatze feindselig zu behandeln vor hat, auf der Leipzigerstraße als Gleichgesinnten, Gleichstrebenden und Verbündeten zu verkehren. Wir möchten ferner an

der Hoffnung festhalten, daß es wie in den obenerwähnten schlesischen, sächsischen und rheinischen Kreise so auch in vielen andern gelingen wird, noch vor den Urwahlen (die auf die erste Novemberwoche festgesetzt sind) eine Verständigung zwischen den reichstreuen Parteien zu ermöglichen, die ein späteres ersprießliches Zusammenwirken der von ihnen gewählten im Abgeordnetenhause sicherstellt. Auch das Blatt des Reichskanzlers teilt diese Hoffnung, und zwar schöpft es sie aus Berichten über die in den Wählerkreisen obwaltende Stimmung, woran es folgende treffende Bemerkungen knüpft: „Es wäre eine Täuschung, wenn man annähme, daß das Kartell nur die Bedeutung eines Vertrages habe, der zwischen den verschiednen Parteileitungen abgeschlossen worden ist und wie ein gewöhnlicher Vertrag jederzeit wieder aufgelöst werden kann. Das Kartell ist lediglich die äußere Form für das in den nationalgesinnten Kreisen der Wählerschaft begründete Bewußtsein, daß nur durch ein entschlossenes Zusammenstehen aller staatserhaltenden Kräfte die großen Fragen der Zeit in einer das Wohl des Landes fördernden Weise gelöst werden können." Dieses Bewußtsein wird sich bei den Wahlen des nächsten Herbstes, wenn es namentlich von der wohldenkenden Presse wacherhalten und gepflegt wird, auch in dem Falle mehr oder weniger Geltung verschaffen, wo in einem Kreise die Politiker vom Handwerke keinen Vertrag zu wechselseitigem Beistande schließen, und wo die extremen Gruppen von rechts und links dagegen wirken. Mögen diese hie und da noch mehr vermögen, als zu wünschen und zu loben ist, die Zukunft gehört nicht dem Parteigeiste, sondern der politischen Denkart, d. h. der, welche auf das über dem Parteitreiben stehende, auf das Staatswohl blickt und zu dessen Förderung überall, wo die Verhältnisse es heischen, bereit ist, Vermittlung zu versuchen und anzunehmen. Dann aber wird die Zeit erfüllt und die Einigung der Deutschen volle Wahrheit sein.

In Verbindung hiermit zum Schlusse noch eins. Die deutschfreisinnige Presse klügelte aus, daß diese Polemik des Kanzlers gegen die Kreuzzeitungspartei nicht sowohl den Zweck habe, diese Richtung zurückzudrängen, als vielmehr den, die Nationalliberalen im Gefolge der Konservativen als „tote politische Masse" festzuhalten. Darauf antwortet der leitende Staatsmann, indem er sein Blatt statt seiner Person sprechen läßt, folgendes: „Wir haben von jeher konservative Grundanschauungen vertreten, und namentlich wollen wir das monarchische Fundament unsers Staates, der jeder Autorität die ihr zukommende Stellung anweist, erhalten wissen. Bei der darauf abzielenden politischen Arbeit müssen wir selbstverständlich mit den extremen Strömungen von rechts wie von links in Auseinandersetzungen geraten, und zwar umso mehr, wo sie von der Vorstellung erfüllt und getrieben sind, den Gang der Ereignisse ohne Rücksicht auf die thatsächlichen Verhältnisse aus dem Gesichtspunkte einer Partei heraus bestimmen zu können. Die Klique der Kreuzzeitung wähnt ebenso wie die entgegengesetzte politische Richtung stark genug zu sein, um im zeitweiligen

ausschließlichen Besitze der Kurbel der Gesetzgebung der gesamten geistigen und materiellen Entwicklung des öffentlichen Lebens ihren Parteistempel aufprägen zu können. Wäre das wirklich so, wäre es denkbar, daß, wie früher im Verfassungsleben Englands, die Parteien sich im Besitze und Genusse der Macht einander ablösten, dann hätten jene Ansprüche eine gewisse Berechtigung, und gälte es nur die Parole: konservativ oder liberal, so würden wir im Verein mit der Kreuzzeitung und ihren Freunden streben. Aber die lebendig erhaltene Macht der Krone hat im preußischen Staatswesen die auch nur vorübergehende Allmacht der Parteien endgiltig aus der Reihe der Möglichkeiten gestrichen, und wie die Krone für alle da ist, so kann sie auch in ihrem Wirken für das Volkswohl eine wahre, gewaltsamen Erschütterungen vorbeugende Unterstützung nur in dem einträchtigen Zusammenarbeiten aller Elemente finden, welche die geschichtlich gegebenen Grundlagen unsrer nationalen Entwicklung geschützt, gekräftigt und weiter entfaltet sehen wollen. Wie wir aber bei solcher Anschauung auf den Gedanken verfallen könnten, einen lebensfrischen, zu positiver Arbeit geneigten Faktor unsers Parteilebens zur toten, politischen Masse zu machen — eine solche Behauptung kann eben nur von einem politischen Winkel ausgehen, in welchem man es längst verlernt hat, über den Parteikirchturm hinaus nach den Aufgaben und Zielen des Staates selbst zu blicken." Wir empfehlen den Lesern das hierin liegende Glaubensbekenntnis zur Beachtung. Es ist die Signatur der Ära, die mit Wilhelms II. Thronbesteigung begonnen hat.

Zur Alters- und Invalidenversorgung.

Kaum hat die Presse nach den aufregenden politischen Zwischenfällen der letzten Zeit wieder einige Muße gefunden, so beginnt auch schon die Erörterung des neuen Gesetzentwurfs über die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter in den Vordergrund des Tagesinteresses zu treten, und ein Blatt nach dem andern schickt sich an, Stellung zu dem Entwurf zu nehmen und ihn kritisch zu beleuchten.

Im Großen und Ganzen sind es zwei Hauptpunkte, um die sich der Streit dreht. Erstens: Wie hoch sollen die Rentensätze und die Wartezeiten festgesetzt werden? Und zweitens: Wie soll die Einrichtung der zur Durchführung der Sache nötigen Anstalt beschaffen sein? Von diesen beiden Punkten, von denen man den ersten kurz als die Geldfrage, den zweiten als die Organisations-